

GRIECHENLAND VOR DEN NEUWAHLEN

FAQ (FREQUENTLY ASKED QUESTIONS) ZUR DEBATTE UM «GREXIT», SCHULDENSCHNITT UND DEM PROGRAMM VON SYRIZA

Griechenland steht wieder im Fokus der Politik. Am 25. Januar wird dort ein neues Parlament gewählt. In Führung liegt derzeit das Linksbündnis Syriza, das die Sparauflagen von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) harsch kritisiert und einen Schuldenschnitt fordert. Doch die EU – und insbesondere auch die Bundesregierung – zeigt sich hart. Damit bahnt sich ein Konflikt zwischen Griechenland und der EU an – es wird bereits über einen Austritt des Landes aus der Währungsunion spekuliert. Was will Syriza? Welche Möglichkeiten gibt es für eine linke Politik? Droht wirklich ein «Grexit», also ein Euro-Austritt Griechenlands? Und welche Strategie verfolgt die Bundesregierung? Und was bedeutet das Ganze für die deutsche Bevölkerung?¹

Was ist der grundsätzliche Konflikt?

Im Zuge der globalen Finanzkrise ab 2008 geriet Griechenland Ende 2009 unter Druck der Finanzmärkte. Angesichts relativ hoher Staatsschulden galt das Land bei Investoren als unsichere Anlagesphäre. Folge: Für neue Kredite verlangten die Anleger immer höhere Zinsen von Athen. Da die steigenden Zinsen gleichzeitig die Lage Griechenlands verschlechterten, zogen die Zinsen noch mehr an. Ein Teufelskreis. Anfang 2010 sah sich die griechische Regierung nicht mehr in der Lage, neue Kredite an den Finanzmärkten aufzunehmen. Damit drohten eine Staatspleite und ein Zahlungsausfall bei griechischen Anleihen, in die auch französische und deutsche Banken stark investiert hatten. Um die Pleite zu verhindern und eine Ausbreitung der Krise auf andere Euro-Länder zu verhindern, sprangen EU, EU-Staaten und IWF ein: In den letzten vier Jahren gaben sie Griechenland Kredite über 230 Milliarden Euro. Im Gegenzug verlangten sie harte Sparmaßnahmen, die Entlassung Zehntausender Staatsangestellter, Strukturreformen, Privatisierungen, die Senkung des Lohnniveaus, eine Schwächung der Gewerkschaften usw. Griechenland folgte weitgehend den Forderungen. Im Ergebnis verschlimmerte sich die Krise. Syriza fordert nun eine Abmilderung der Auflagen. Die Gläubiger lehnen das ab. Das gegenwärtige Kreditprogramm für Griechenland läuft Ende Februar aus.

Warum wird in Griechenland überhaupt plötzlich neu gewählt?

Das liegt im Wesentlichen an der amtierenden Regierung aus den Parteien Pasok und Nea Dimokratia (ND). Ministerpräsident Antonis Samaras (ND) verkündete im Oktober 2014 stolz ein nahendes Ende des EU-/IWF-Hilfsprogramms und damit ein Ende des Spardiktats. Im November jedoch urteilte die Troika der Gläubiger (EU-Kommission, IWF, Europäische Zentralbank), Athen habe die Sparauflagen für 2015 nicht vollständig erfüllt. Daher werde die letzte Tranche der Kredite nicht ausgezahlt – es sei denn, Athen beschlösse weitere Kürzungen über zwei Milliarden Euro. ND und Pasok befürchteten jedoch, neue Kürzungen würden die Regierungskoalition auseinanderbrechen lassen und ihr eine Niederlage bei den nächsten Präsidentschaftswahlen zufügen. Einen Bruch mit der Troika wagten ND und Pasok wiederum nicht. Also beschloss man einen Kompromiss beziehungsweise die «Flucht nach vorn»:

¹ Im folgenden Text geht es um Konflikte und Interessen auf zwischenstaatlicher und supranationaler Ebene (IWF, EU). Daher werden häufig Formulierungen verwendet wie «die EU will», «Griechenland fordert» oder «Deutschland lehnt ab». Tatsächlich existieren weit mehr Konfliktlinien und Kooperationen – zwischen einzelnen Kapitalfraktionen oder zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen. So begrüßen zum Beispiel die Unternehmerverbände in Südeuropa das von der Bundesregierung durchgesetzte Reformprogramm für Südeuropa wegen des flächendeckenden Abbaus von Arbeitnehmerrechten. Von diesen Interessendivergenzen und -konvergenzen wird der Übersichtlichkeit halber in diesem Text abgesehen.

Die Troika schob ihre Bewertung des griechischen Haushalts um zwei Monate auf, und Griechenland zog seine Präsidentschaftswahlen auf Dezember 2014 vor. Bei diesen Wahlen scheiterte jedoch der Kandidat der Regierung, Pavlos Dimas, in allen drei Wahlgängen. Und das machte laut griechischer Verfassung Neuwahlen nötig.

Mischt sich die EU in die griechischen Wahlen ein?

Allerdings: «Die Griechen wissen sehr genau, was ein falsches Wahlergebnis für Griechenland und die Euro-Zone bedeuten würde», sagte Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im Dezember. Er sähe in der griechischen Regierung lieber «vertraute Gesichter». Bei einem Besuch des Pasok-Vorsitzenden Evangelos Venizelos in Berlin sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier: «Aus unserer Sicht käme es darauf an, dass die Kräfte, die den Fortschritt in Griechenland gesichert haben, in der Lage sind, diesen Weg fortzusetzen.» Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte der BILD-Zeitung Ende Dezember letzten Jahres: «Wenn Griechenland einen anderen Weg einschlägt, wird es schwierig.»

Wie sind die Prognosen für den Wahlausgang?

Im Durchschnitt der zwischen Ende Dezember und Mitte Januar veröffentlichten Umfragen liegt Syriza vorn mit 34 bis 35 Prozent der Stimmen. Dahinter folgt die ND mit 29 Prozent. Die Pasok würde 4,7 Prozent der Stimmen erhalten – doch die Partei hat sich inzwischen gespalten und kam zuletzt nur noch auf 2,2 Prozent, womit sie an der Drei-Prozent-Hürde scheitern würde. Um die drei Prozent schwankt die neu gegründete Partei Kidiso, die sich von der Pasok abgespalten hat. Die rechtsradikale Partei Goldene Morgenröte, die Kommunistische Partei KKE und die linksliberale Potami liegen bei sechs Prozent. Dazu kommen viele kleinere Parteien.

Was geschieht nach der Wahl?

Syriza wird voraussichtlich nicht die absolute Mehrheit (151 Sitze im Parlament) erreichen, obwohl die stärkste Partei laut Gesetz 50 Extrasitze im Parlament (insgesamt 300 Sitze) erhält. Syriza-Chef Alexis Tsipras hätte dann nur drei Tage Zeit, eine Regierungskoalition zu bilden. Gelingt ihm dies nicht, kann der Staatspräsident einem anderen Parteiführer das Mandat übertragen. Scheitert auch dieser, so muss innerhalb von 30 Tagen neu gewählt werden.

Warum hält Syriza einen Politikwechsel in Griechenland für nötig?

Griechenland hat in den vergangenen vier Jahren «das härteste Sparprogramm verfolgt, das ein westlicher Staat in Friedenszeiten jemals aufgelegt hat» (Holger Schmieding, Berenberg Bank). Die Staatsausgaben sanken zwischen 2008 und 2014 von 118 auf 86 Milliarden Euro. Das Haushaltsdefizit ist fast verschwunden. Die Lohnstückkosten sind drastisch gesunken. Soweit der «Erfolg». Der Preis: Die Wirtschaftsleistung ist um ein Viertel geringer als vor der Krise und den Sparprogrammen. Die inländische Nachfrage ist um etwa 30 Prozent eingebrochen, die Griechen haben im Durchschnitt fast ein Drittel ihres Einkommens verloren. Derzeit sind die Arbeitgeber von rund einem Drittel aller Beschäftigten im Privatsektor mit den Lohnzahlungen mehrere Monate im Rückstand. Immer mehr Menschen haben keine ausreichenden Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Zugang zu ärztlicher Versorgung haben Millionen Griechen nun noch in Notfällen. Griechenlands Staatskonsum ist um 40 Prozent zurückgegangen, die Unternehmensinvestitionen sanken um 70 Prozent. Trotz eines Schuldenerlasses von 100 Milliarden Euro sind die griechischen Staatsschulden aber weiter gestiegen. 2010 lagen sie bei 120 Prozent der Wirtschaftsleistung, Ende 2014 dürften es fast 180 Prozent sein. Vor diesem Hintergrund fordert Syriza einen Politikwechsel – auch weil die Sparprogramme nicht nur die griechische Wirtschaft, sondern auch die Wirtschaft viele Länder der Euro-Zone hemmen.

Was ist mit den Erfolgsmeldungen über die griechische Wirtschaft?

Griechenland ernte derzeit die «Früchte seiner Reformen», heißt es. Denn: Die Wirtschaft wächst seit Jahresbeginn wieder leicht. Im dritten Quartal 2014 legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal sogar um 0,7 Prozent zu, das war Euro-Zonen-Rekord. Doch dies spricht aus verschiedenen Gründen nicht für einen «Erfolg» der Spar- und Reformstrategie.

Allgemein gesagt: Jede Krise endet irgendwann, keine währt ewig. Die entscheidende Frage ist: Wie tief war sie, wie viel Elend hat sie verursacht? Und hier ist die Bilanz der europäischen Anti-Krisen-Strategie katastrophal: Griechenlands Wirtschaft ist stärker geschrumpft als die Österreichs oder die der USA in der Großen Depression Anfang der 1930er Jahre. Angesichts eines Produktionsrückgangs von 25 bis 30 Prozent sind die jüngsten Miniwachstumsraten ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn es überhaupt ein Wachstum wäre! Tatsächlich ist das Plus von 0,7 Prozent im dritten Quartal ein statistischer Effekt. Hier handelt es sich um das Wachstum des «realen Bruttoinlandsprodukts». Dieses errechnet sich, indem man von dem nominalen BIP (zu Marktpreisen) die Inflationsrate abzieht. Nun ist die Inflationsrate in Griechenland aber negativ, die Preise sinken um ein Prozent. Das bedeutet: «Real» produzieren die griechischen Unternehmen zwar ein bisschen mehr. Tatsächlich aber nehmen sie weniger ein, weil die Preise für ihre Güter sinken.

Dass die Arbeitslosenrate in Griechenland von 28 auf 26 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit von 57 auf 50 Prozent gesunken sind, ist ein schwacher Trost. Zudem dürfte dieser Rückgang durch zwei Effekte überzeichnet sein. Erstens: Viele Griechen wandern aus. Zweitens gibt es in Griechenland maximal ein Jahr Arbeitslosenunterstützung, danach nichts mehr. Das mindert den Anreiz, sich überhaupt arbeitslos zu melden.

Steht Syriza allein mit seiner Kritik an den Sparprogrammen?

Nein. Soziale und politische Bewegungen in ganz Europa kritisieren seit Langem die insbesondere von der deutschen Bundesregierung vorgegebene Strategie von «Sparsamkeit» und «Wettbewerbsfähigkeit». Auch in den Vereinigten Staaten herrscht vielfach Verwunderung: Die Strategie der EU sei ökonomischer Irrsinn, sagte Anfang Januar der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. Und der berühmte Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman sagte vor der griechischen Wahl: «Es ist ja gar nicht so, dass Europa eine zwar harte, aber funktionierende Wirtschaftsstrategie hätte, die nur von griechischen Wählern bedroht wird. Tatsächlich ist Europa in einer Sackgasse. Wenn überhaupt, dann tun die Griechen Europa einen Gefallen, indem sie es wachrütteln.»² Die Industrieländervereinigung OECD bezeichnete Europa als «das größte Risiko der Weltwirtschaft».

Wie sieht das Programm von Syriza aus?

Das Programm von Syriza hat vier Punkte:

Bekämpfung der humanitären Krise im Land. 300.000 arme Haushalte werden gratis mit Strom versorgt, Bedürftige erhalten Nahrungsmittelhilfe. Zudem wird die grassierende Obdachlosigkeit bekämpft. Wohnungslose erhalten eine Staatshilfe von drei Euro je Quadratmeter und ziehen in die vielen leerstehenden Wohnungen ein. Rentner, die weniger als 700 Euro haben, erhalten künftig 13 Renten pro Jahr anstatt zwölf – vor den Sparprogrammen waren es 14.

Problem der privaten Überschuldung: Viele griechische Haushalte haben im Zuge von Krise und Sparprogrammen hohe Schulden angehäuft. Nach Plänen von Syriza soll der Schuldendienst der privaten Haushalte künftig nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen. Alle Schulden, die darüber hinausgehen, werden eingefroren, bis der Haushalt seinen Schuldendienst wieder leisten kann. Die daraus resultierenden Verluste bei den kreditgebenden Banken will der Staat mit Mitteln aus dem Bankenstabilisierungsfonds kompensieren. Dieser Fonds verfügt über Geld, das die EU Griechenland zur Stützung seiner Banken gegeben hatte. Hier sind noch rund zehn Milliarden Euro übrig.

Reorganisation des Staates: Darunter fallen Maßnahmen wie die Verminderung der Ministerien von 18 auf zehn oder die Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung. Dafür sieht sich Syriza gut gerüstet. Denn die in den vergangenen Jahren schwache Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist vor allem den herrschenden Parteien geschuldet, die Griechenland schon seit Jahrzehnten regieren. Sie sind laut Syriza fester Bestandteil des Systems der Korruption und Vetternwirtschaft. Daher fehle der Wille, diese zu bekämpfen.

Wiederbelebung der Wirtschaft und Stärkung der Arbeitnehmerrechte: Der Rückgang der Löhne soll gestoppt werden, um die inländische Nachfrage zu erhöhen. Dafür wird der in der Krise gekürzte Mindestlohn wieder von 586 auf 750 Euro pro Monat erhöht. Zudem werden die Gewerkschaften und das System der Flächentarifverträge gestärkt. Um die Lohnkosten zu senken, hatte die amtierende Regierung die Lohnverhandlungen auf Unternehmensebene verlagert, um so die Arbeitnehmer erpressbarer zu machen. Syriza verweist jedoch darauf, dass trotz deutlich gesunkener Löhne die Exporte Griechenlands nicht gestiegen sind: Sie liegen derzeit acht Prozent niedriger als 2008. Statt auf niedrige Löhne setzt das Bündnis auf eine Steigerung der Produktivität der griechischen Unternehmen durch höhere Investitionen, bessere Gesetze, weniger Bürokratie und Korruption.

² Vgl. <http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/01/05/europes-trap>.

Wie will Syriza das Programm finanzieren?

Laut Syriza kostet das Programm im ersten Jahr zwölf Milliarden Euro. Drei Milliarden Euro sollen aus der Eintreibung von Steuerrückständen kommen, die auf 70 Milliarden Euro angestiegen sind, weitere drei Milliarden Euro aus der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Ölschmuggel – die aktuelle Regierung schätzt, dass dem Staat dadurch jährlich über zwölf Milliarden Euro entgehen. Weitere drei Milliarden Euro will Syriza aus dem EU-finanzierten Fonds für die Bankenstabilisierung nehmen und drei Milliarden aus EU-Struktur- und Investitionsfonds. Syriza braucht also die Unterstützung der EU.

Wie sieht Syriza die Sparprogramme von EU und IWF?

Die Gläubiger-Troika fordert von Griechenland einen sogenannten Primärüberschuss von 4,6 Prozent des BIP in den Jahren 2016 und 2017 und von 4,2 Prozent in den Folgejahren. Das heißt: Ohne Zinszahlungen an Gläubiger muss der Staatshaushalt einen Überschuss von mehr als vier Prozent des BIP aufweisen. Dieser Überschuss ist für die Schuldenbedienung vorgesehen, dazu soll Griechenland laut Troika-Plan weitere Kredite erhalten, ebenfalls um alte Schulden zu bedienen. Das lehnt Syriza ab. Das Bündnis will die Sparaufgaben abmildern, weniger sparen, um Geld frei zu machen für Sozialausgaben und die Förderung der griechischen Wirtschaft. «Es geht uns darum, die Sparaufgaben abzumildern, um Griechenland wieder Luft zum Atmen zu geben. Nach geltender Vereinbarung muss Griechenland die nächsten Jahre hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzielen und weitere Kredite aufnehmen. Und wozu dienen diese Überschüsse und neuen Kredite? Um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen! Das ist ökonomischer Unsinn. Griechenland erhält Milliarden an Hilfen und spart sich kaputt, nur um einen Schuldenberg zu bedienen, der immer weiter wächst.» (Jannis Milios, Wirtschaftsberater von Syriza, in: Berliner Zeitung, 13.1.14)

Warum fordert Syriza einen Schuldenschnitt für Griechenland?

Griechenland hat von den internationalen Gläubigern in vier Jahren 230 Milliarden Euro erhalten – soviel wie noch kein Land in so kurzer Zeit zuvor. Dazu kam ein Schuldenerlass von 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig ist die Staatsschuld von 120 auf 180 Prozent gestiegen. Warum? Das zeigt das Design der «Hilfsprogramme» für Griechenland: Von den rund 230 Milliarden Euro Hilfen (EFSF: 142 Mrd. Euro, bilaterale Kredite von EU-Staaten: 53 Mrd. Euro, IWF: 32 Mrd. Euro) flossen lediglich rund zehn Prozent in den normalen Staatshaushalt – also in Gehälter, Pensionen, Sozialausgaben, Infrastruktur usw. Der Rest ging mehr oder weniger für die Bedienung und Rückzahlung alter Schulden drauf.³ Gleichzeitig würgten die Sparprogramme die Wirtschaft ab. Ergebnis: steigende Staatsschulden. Syriza fordert daher einen Schuldenerlass von rund 50 Prozent. Ohne diesen drohe Griechenland schon bald die erneute Pleite. Auch der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, plädierte Anfang Januar dafür, Griechenland die Hälfte seiner Schulden zu erlassen. Die Kosten dafür müssten vor allem öffentliche Gläubiger schultern: Fast 80 Prozent der griechischen Schulden liegen heute bei EU und IWF (EFSF: 142 Mrd. Euro, EU-Staaten: 53 Mrd. Euro, EZB: 27 Mrd. Euro, IWF: 24 Mrd. Euro). Der IWF steht einem Schuldenschnitt ebenfalls aufgeschlossen gegenüber, ist allerdings nicht bereit, seinerseits auf Forderungen zu verzichten.

Wie könnte ein Schuldenschnitt aussehen?

Die EU und ihre Staaten könnten ihre Forderungen schlicht streichen. Auf Deutschland kämen dann nach Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Kosten über 40 bis 50 Milliarden Euro zu. «Das wäre sicherlich verkraftbar», so DIW-Chef Marcel Fratzscher.⁴ Billiger wäre folgende Variante: Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft der EU ihre Schulden ab und wandelt sie um in sehr lang laufende zinslose Anleihen. Damit bestünden die Forderungen auf dem Papier weiter, würden Griechenland aber nicht mehr belasten. Ein solcher Schritt ist der EZB nach geltenden Regeln allerdings verboten, da es sich hier um eine ihr nicht erlaubte Staatsfinanzierung (Griechenlands) handeln würde.

Wäre ein solcher Schuldenschnitt etwas Besonderes?

Nein. Auf der Londoner Schuldenkonferenz 1953 einigten sich die internationalen Gläubiger, darunter Griechenland, darauf, der Bundesrepublik rund die Hälfte ihrer Vorkriegs- und Kriegsschulden bei Staaten und Privatanlegern zu erlassen. Die Restschuld wurde zudem mit einer «Wachstums Klausel» versehen: Der

³ Vgl. <http://www.macropolis.gr/?i=portal.en.the-agera.2080>.

⁴ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/schulden-deutschland-soll-griechenland-50-milliarden-erlassen-a-1012154.html>.

Schuldendienst der Bundesrepublik durfte nicht drei Prozent der Exporteinnahmen übersteigen. Eine ähnliche Klausel fordert auch Syriza für Griechenland.

Geht Griechenland ohne EU-Hilfe bald das Geld aus?

Die letzte Tranche des Kredits des Euro-Rettungsschirms EFSF (1,8 Mrd. Euro) und des IWF (3,5 Mrd. Euro) werden derzeit zurückgehalten und erst ausgezahlt, wenn sich Griechenland und Troika auf einen Staatshaushalt für 2015 und weitere Reformen geeinigt haben. Was passiert, wenn sich Syriza verweigert und die Troika nicht zahlt? Kommt drauf an. Die laufenden Staatsausgaben kann Athen aus seinen Einnahmen selbst finanzieren. Der Knackpunkt: 2015 muss Griechenland Zinsen auf Altschulden zahlen und weitere Schulden zurückzahlen. Dafür hat es kein Geld, müsste sich also welches leihen. Insgesamt braucht Athen 2015 laut Troika-Berechnungen neue Kredite in Höhe von etwa 17 Milliarden Euro, fast alles davon zur Schuldenbedienung. Der Plan der bisherigen Regierung war: Die Euro-Zone gibt Griechenland eine Notfallkreditlinie, und mit dieser Sicherheit im Rücken kann Athen sich Geld an den Finanzmärkten leihen, um seine Schulden zu bedienen.

Der Härtefall wäre also: Syriza verweigert weitere Sparmaßnahmen und Reformen, die Troika verweigert daraufhin neue Kredite oder eine Notfallkreditlinie. Griechenland hätte dann kein Geld und könnte sich auch keines an den internationalen Finanzmärkten leihen – ohne die Stützung der EU im Rücken fehlt Griechenland in den Augen der Investoren die Kreditwürdigkeit.⁵ Als Folge könnte Griechenland seine aufgelaufenen Schulden nicht bedienen, es käme zum Zahlungsausfall.

Droht damit ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone?

Noch nicht. Aber wenn die Regierung in Athen sich weigert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, tritt die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan. Wieso? Bislang leiht sich Athen Geld bei den griechischen Banken. Die Banken geben der Regierung Kredit und reichen die griechischen Anleihen an die EZB weiter, die ihnen dafür frische Liquidität zuführt. Diesen Geldkreislauf könnte die EZB unterbrechen mit dem Argument: Eine griechische Regierung ohne Troika-Abkommen ist nicht kreditwürdig, wir nehmen daher keine Griechenland-Anleihen mehr von den griechischen Banken an.⁶ Die griechischen Banken wären damit vom Geldzufluss der EZB abgeschnitten, international erhalten sie auch keinen Kredit – also wären sie auf einen Schlag zahlungsunfähig. Um zahlungsfähig zu bleiben und einen nationalen Geldkreislauf zu garantieren, müsste die Regierung in Athen daraufhin wohl die Euro-Zone verlassen und wieder eine eigene Währung einführen, in der sie – und die Banken – sich verschulden können.

Will Syriza, dass Griechenland aus dem Euro austritt?

Nein. Syriza hat mehrfach betont, dass es das Risiko eines Euro-Austritts nicht eingehen will. Die Bundesregierung ist laut unbestätigten Medienberichten der Meinung, ein Euro-Austritt Griechenlands sei für die Euro-Zone inzwischen «verkräftbar». Dies ist eine Drohung, die einerseits inoffiziell geäußert, andererseits offiziell dementiert wird. «Die deutsche Regierung hat bereits begonnen, die griechische Verhandlungsposition zu schwächen, indem sie Indifferenz signalisiert hat (kein Austritt Griechenlands wäre mittlerweile verkräftbar).» (Erste Group Research, 5.1.15)

Könnte die EU/die Bundesregierung ein von Syriza geführtes Griechenland aus dem Euro werfen?

Nicht direkt. Aber wenn die Bundesregierung und die EU-Kommission eine harte Linie fahren und jeden Kompromiss verweigern und Syriza nicht nachgibt, dann droht Griechenland schon 2015 ein Zahlungsausfall – damit läge die Frage eines Euro-Austritts («Grexit») auf dem Tisch.

Würde mit einem «Grexit» eine Neuauflage der Euro-Schuldenkrise drohen?

Derzeit sieht es nicht so aus. Sicher ist allerdings nichts. Seit das letzte Mal ein «Grexit» zur Debatte stand, hat sich die Lage verändert: 2011/12 war die Spekulation der Finanzmärkte gegen Länder wie Portugal, Irland, Italien und Spanien im vollen Gang. Damals war die Befürchtung: Wenn Griechenland den Euro verlässt, wäre dies für Anleger ein Signal, auf den Austritt anderer Länder zu spekulieren. In der Folge würden die Zinsen für diese Länder steigen, das würde einen Zahlungsausfall herbeiführen und so einen Austritt notwendig machen. Seit 2012 hat die Euro-Zone jedoch einige Sicherheitsnetze gespannt: Es gibt

⁵ «Die allergische Reaktion der Investoren auf Syrizas Politik sollte der Führung deutlich gemacht haben, dass die Märkte unerbittlich sind.» (Berenberg Bank, Chart oft he Week, 12.12.14)

⁶ «Die Verlängerung der Ausnahmeregelungen für die Refinanzierung griechischer Banken über die EZB ist der Notenbank zufolge an die Überprüfung des aktuellen Hilfsprogramms geknüpft.» (Reuters, 8.1.15)

den Euro-Rettungsschirm, der Staaten in Not mit Kredit unterstützt. Und es gibt vor allem die EZB, die eine unbeschränkte Garantie für die Euro-Staaten ausgesprochen hat: Im Notfall kauft sie Anleihen bedrängter Staaten. Durch diese Sicherheitsmechanismen ist es unwahrscheinlich geworden, dass ein «Grexit» heute zu einer Neuauflage der Euro-Krise führen würde. Zudem haben sich Irland, Portugal und Spanien stabilisiert und sind nicht länger auf Kredite der EU angewiesen.

Was hat Syriza in der Hand, um sich in Europa durchzusetzen?

Vertreter von Syriza haben mehrfach betont, sie seien «verhandlungsbereit». Im Prinzip verhandelt Syriza aus einer Position der Schwäche heraus – Griechenland braucht die Unterstützung der EU-Länder. Mit katastrophalen Folgen eines «Grexit» kann Syriza heute nicht mehr drohen. Letztlich hat Syriza daher nur zwei Argumente auf seiner Seite. Erstens wäre eine Stabilisierung Griechenlands auch im Interesse der Gläubiger, ein Zahlungsausfall wäre auch für sie teuer. Zweitens: Zwar droht durch einen «Grexit» keine unmittelbare neue Krise der Euro-Zone. Dennoch wäre der Austritt eines Mitglieds aus dem Euro folgeschwer. Denn damit wäre die immerzu betonte Unwiderufbarkeit des Euro offiziell dementiert. Die Euro-Zone würde damit ihren Charakter verändern – der Präzedenzfall eines Austritts wäre geschaffen. Das würde grundsätzlich die Stabilität der Währungsunion unterminieren. «Der größte Schutz der Euro-Zone in den vergangenen vier Jahren war gerade der Umstand, dass niemand wusste, wie sich ein Ausscheiden Griechenlands überhaupt bewerkstelligen ließe. Würde aber jetzt auf Biegen und Brechen ein Exempel statuiert, könnten in der nächsten Wirtschaftskrise weitere Länder folgen. Das würde sofort genau jene spekulativen Attacken an den Finanzmärkten auslösen, die wir eigentlich unterbinden wollen.» (Henrik Enderlein, in: Berliner Zeitung, 9.1.15)

Wie ist die Position der Bundesregierung?

Prinzipiell will die Bundesregierung die Einheit der Euro-Zone erhalten. Vertreter der Bundesregierung haben allerdings mehrfach betont, sie ließen sich durch Syriza nicht erpressen. Offiziell fährt sie einen harten Kurs: Durch Sparmaßnahmen und Reformen zugunsten von Unternehmen und Investoren sollen die Euro-Staaten erstens in den Augen der Finanzanleger wieder kreditwürdig werden. Das bedeutet, die Bundesregierung nimmt bei der Bewertung der Reformanstrengungen den Blickwinkel eines Finanzinvestors ein, der sich fragt, ob ein Land eine lukrative und sichere Anlagesphäre ist. Zweitens sollen die Euro-Länder durch Lohnmoderation und investorenfreundliche Gesetze «wettbewerbsfähig» werden. Zentraler Maßstab ist bei beiden Punkten die Investitionsrendite – Europa soll rentabler werden, um jeden Preis. Dieses Exempel wird anhand von Griechenland statuiert.

Damit nimmt die Bundesregierung den Standpunkt einer Gläubiger-Nation gegenüber ihren Schuldern ein. Dieser Standpunkt entspricht den ökonomischen Gegebenheiten. Denn viele Jahre der Weltmarkt-Konkurrenz haben die Länder der Euro-Zone relativ klar in Gewinner (Gläubiger) und Verlierer (Schuldner) sortiert. Zentrale Maßzahl ist hier die sogenannte Netto-Auslandsposition. Ist sie positiv, so hat ein Land als Gesamtheit (Staat, Unternehmen, private Haushalte) netto (abzüglich Schulden) Forderungen gegenüber dem Ausland, hat also dauerhafte Überschüsse im Außenhandel erzielt. Ist sie negativ, so hat das Land netto Schulden, hat also Defizite im Außenhandel gemacht.

Gewinner und Verlierer (Netto-Auslandsposition in Prozent der Wirtschaftsleistung 2013)

Gläubiger:

Belgien	+46
Deutschland	+43
Niederlande	+31

Schuldner:

Frankreich	-16
Italien	-31
Spanien	-93
Irland	-105
Portugal	-116
Griechenland	-121

Angaben gerundet. Quelle: EU-Kommission⁷

⁷ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2015/amr2015_en.pdf.

Was steht für die Bundesregierung auf dem Spiel?

Die Bundesrepublik ist in Form ihrer Regierung zur unbestrittenen Hauptmacht der Euro-Zone aufgestiegen. Die neuen und dauerhaften Spargesetze und Strukturreformen zur Schwächung der Arbeitnehmer in Europa sind maßgeblich auf ihr Betreiben durchgesetzt worden.⁸ Syriza soll daher nicht nachgegeben werden. Denn jede Billigung einer Abweichung vom vorgegebenen Kurs könnte damit zum Berufungstitel für andere Länder werden, ebenfalls Änderungen und Erleichterungen zu fordern.⁹ Und das in einer Zeit, in der erstens Teile der politischen Eliten und zweitens weite Kreise der Bevölkerung in vielen Ländern am Nutzen der Euro-Mitgliedschaft zweifeln. Dies zeigt sich am Aufstieg sogenannter Eurokritischer Parteien. «Es geht nicht um Griechenland. Es geht um Europa. Wenn Europa sich nicht ändert, wird ein Rückschlag unvermeidlich sein. Griechenland bleibt vielleicht dieses Mal auf Linie. Aber die ökonomische Verrücktheit kann nicht ewig weitergehen. Die Demokratie wird dies verhindern.» (Joseph Stiglitz, 8.1.15)¹⁰ Worauf der US-Nobelpreisträger hier setzt – der Wählerwille – ist genau das, was die Bundesregierung wohl befürchtet: das politische Risiko.¹¹ «Wenn Syriza die Macht ergreift, könnten dies viele als einen Testlauf sehen für die spanischen Wahlen Ende 2015, in denen Podemos möglicherweise zur stärksten Partei aufsteigt.» (Raoul Ruparel, Open Europe, 30.12.14) Daher spricht aus Sicht der Bundesregierung vieles dafür, gegenüber Syriza hart zu bleiben, zur Not bis zur Pleite und zum «Grexit»: «Eine relativ stringente Haltung gegenüber Griechenland würde die Glaubwürdigkeit der Institutionen des Euroraums [...] deutlich stärken und ein starkes Signal an andere Länder senden, die die notwendige und von der EU-Kommission angemahnte Haushaltskonsolidierung nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit vorantreiben. Insgesamt könnte der langfristige Gesamteffekt eines möglichen Zahlungsausfalles Griechenlands für den Euroraum sogar positiv sein», so Stefan Bielmeier, Chefökonom der DZ Bank.¹²

Zum Abschluss: Der zwischenstaatliche Grundsatzkonflikt der Euro-Zone

Einige Staaten Europas haben ihre Währungen zusammengelegt, um gemeinsam eine potente Weltwährung zu schaffen. Also eine Währung, die weltweit gewollt wird, in die Unternehmen und Anleger investieren und in der sich die Unternehmen und Staaten verschulden können, um die benötigten Finanzmittel zu beschaffen. Währungspolitisch kooperieren die Euro-Staaten. Auf dem Weltmarkt wiederum treten sie sich als Konkurrenten gegenüber, die sich gegenseitig die Erträge streitig machen, mit denen sie gemeinsam für die Stabilität des Euro stehen. Soweit der grundsätzliche Widerspruch der Euro-Zone.

In der Krise treten sich nun Konkurrenzgewinner und -verlierer gegenüber. Alle haben das Ziel, die Krise zu beenden, das bedeutet: dass die Kalkulationen der Unternehmen wieder aufgehen, dass wieder mehr Umsatz und Gewinn gemacht wird. Uneins sind sie sich in der Frage, was eine Regierung nun dafür tun kann beziehungsweise soll.

Die Schuldnerländer stellen sich auf den Standpunkt: Der Euro ist eine weltweit starke, stabile Währung. Damit ist sie ein gutes Mittel für den Staat, in der Krise neue Schulden aufzunehmen, um die Privatwirtschaft zu unterstützen. Daher brauchen wir gerade jetzt mehr Freiheit bei der Schuldenaufnahme. Wir wollen die Kreditwürdigkeit der reichen Euro-Länder nutzen, um die Krise mit möglichst geringen Schäden zu überstehen.

⁸ Vgl. «Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt», herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente, Berlin 2012, S. 31ff., unter:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Griechen2_dt_1203.pdf.

⁹ So sind zum Beispiel die Schulden Portugals und Irlands in den letzten Jahren auf 129 und 124 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen, Spanien nähert sich der 100-Prozent-Marke.

¹⁰ Vgl. <http://www.project-syndicate.org/commentary/european-union-austerity-backlash-by-joseph-e--stiglitz-2015-01>.

¹¹ Noch einmal die zwei Seiten: Pablo Iglesias, Kopf der spanischen Protestpartei Podemos, twitterte: «2015 will be the year of change in Spain and Europe. We will start in Greece. Go Alexis!! Go @syriza_gr!!» Vgl. <https://www.thespainreport.com/13512/spain-stocks-fall-2-5-podemos-celebrates-change-2015-news-early-greek-elections>. Dagegen warnte die italienische Großbank Unicredit: «Greece: The first of a series of moves towards populism?» (Unicredit Weekly Focus, 11.12.2014).

¹² <https://bielmeiersblog.dzbank.de/2014/12/19/der-euroraum-ist-bereit-fuer-einen-austritt-griechenlands/>

Die Gläubigerländer stellen sich auf den Standpunkt: Die Krise ist eine Staatsschuldenkrise. Sie zeigt, dass die Euro-Staaten zu viele Schulden aufgenommen haben. Das zeigt die Wirkungslosigkeit der staatlichen Schuldenaufnahme – sie schafft kein zusätzliches Wirtschaftswachstum. Sparsamkeit ist daher das Gebot der Stunde, um die von allen gewünschte Stabilität des Euro zu erhalten. Die Kreditwürdigkeit der reichen Länder darf nicht weiter strapaziert werden.

Knapp formuliert: Während die Schuldnerländer also darauf pochen, dass der Euro das Mittel des Staates ist, bestehen die Gläubigerländer darauf, dass die Wirtschaft Mittel des Euro sein muss. Dies ist allerdings nur zum Teil ein Prinzipienstreit. Dahinter steht der Kampf darum, welche Länder die anstehende Entwertung des Kapitals schultern müssen. Offiziell formuliert wird dieser Kampf entlang der Frage: Soll Deutschland mehr Kredit aufwenden, um die anderen Länder zu stützen? Oder sollen sich die Krisenländer «gesundschrumpfen»?